



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1909

282 (22.6.1909) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-316359](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-316359)

General-Anzeiger



Abonnement:

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Telegramm-Adresse:

„General-Anzeiger Mannheim“.

Telefon-Nummern:

Direktion u. Buchhaltung 1449
Druckerei-Bureau (Mannheimer Druckarbeiten) 841
Redaktion 877
Expedition und Verlagsbuchhandlung 818

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Gelesenste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben (ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbureaus in Berlin und Karlsruhe.

Schluss der Inseraten-Nachnahme für das Mittagsblatt Morgens 4 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

70 Pfennig monatlich, Pringelohn 25 Pfg. monatlich, durch die Post bez. incl. Porto aufschlag M. 2.42 pro Quartal. Einzel-Nummer 5 Pfg.

Inserate:

Die Colonne-Zeile . . . 25 Pfg.
Auswärtige Inserate . . . 30
Die Reklame-Zeile . . . 1 Mark

Nr. 282.

Dienstag, 22. Juni 1909.

(Abendblatt.)

Die deutsche Ostmark und ihre Fragen.

X.

(Schluss.)

Noch ein Kapitel für süddeutsche Landwirte. — Die Ostmarkenfrage als deutsche Frage.

Ganz kurz erwähnen muß ich weiter das aufblühende deutsche Genossenschaftswesen, das von der Ansiedelungskommission außerordentlich gefördert wird, um dem geschlossenen polnischen Wirtschaftssystem ein geschlossenes deutsches Wirtschaftssystem entgegenzustellen. Es hat ganz besonders zum Gedeihen der Ansiedler beigetragen, indem es die Bauern vom verstreuten Käufer der kleinen Händler befreite. In Liebau fanden wir die älteste der bestehenden genossenschaftlichen Spar- u. Darlehenskassen, die Einlagen sind in 20 Jahren auf 100 000 Mark gestiegen, der Umsatz beträgt 640 000 Mark, die dortige Genossenschaftsmolkerei zählt 217 Mitglieder, 2,6 Millionen Liter Milch werden produziert, die erzeugte Butter, die nach Berlin und Leipzig abgeht, repräsentiert einen Geldwert von 900 000 Mark. Die Ansiedler empfinden das Genossenschaftswesen als eine Wohltat. Die Händler suchen die Genossenschaft zu sprengen, indem sie die von ihr den Ansiedlern gewährten Preise überbieten, doch ohne Erfolg, da die Ansiedler sehr genau wissen, daß diese höheren Preise aufhören, sobald die Genossenschaft den Ansiedlern keinen Rückhalt mehr bietet. Was auf Grund dieser unsozialen und unsichtigen Wohlfahrtsfrage der Ansiedelungskommission erzielt werden kann und schon erzielt worden ist, das möchte ich zum Schluss noch an dem

deutschen Städtchen Janowitz

zeigen, das wir besuchten. Genauso war es ein dürftiges Landstädtchen, umgeben von deutschen und polnischen Gütern. Die Bewirtschaftung war schlecht, der Acker heruntergewirtschaftet, der Ertrag gering. Die Gutсарbeiter wohnten in unansehnlichen Hütten, die spärlich vorhandenen Bauernhöfe waren zum großen Teil polnisch. In Janowitz selbst war von einem deutschen Handwerks- und Kaufmannstand kaum die Rede. Da letzte Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre die Tätigkeit der Ansiedelungskommission ein. Mehr als 100 000 Morgen sind von ihr angekauft, aufgeteilt und besiedelt worden, darunter viele große polnische Güter. An die Stelle der polnischen Großgrundbesitzer traten deutsche Bauern aus Westfalen, Hannover, Sachsen, Württemberg, Rheinland. Die Zahl der am Janowitz ansässigen Ansiedlerfamilien beläuft sich heute auf rund 1700. Auf dem früher unfruchtbaren Boden wird heute das Doppelte an Erträgen erzielt. Einzelne Ansiedler, die 80—100 Morgen Land besaßen, verkaufen allein an die Kornhausgenossenschaft über 300 Zentner Getreide im Jahr. Die Ansiedler aus Söhrenau und Tornbrunn haben nachmäßig mehr Milchgeld von der Genossenschaftsmolkerei in Janowitz erhalten, als 10 größere Güter zusammen. Dazu ist bei den verhältnismäßig noch jungen Ansiedlungen die Höchstgrenze der Leistungsfähigkeit noch nicht erreicht. Die Ansiedler, die aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands kommen, lernen voneinander und das Beste, was jeder aus der Heimat mitbringt, erobert das Feld.

In manchen Ansiedlungen sehen wir feldmäßigen Anbau von Spargel, Zwiebeln, Gurken.

Das Aufblühen des Landes führte das Aufblühen des Städtchens nach sich. Es machte auf uns Ostmarkenfahrer einen sehr frischen und lebhaften, wohlhabenden Eindruck. Auf Ansiedlungsboden entsteht um die neu erbaute Kirche ein neuer Stadtteil, dort sind u. a. 3 Arbeitermischhäuser erbaut, die von 5 deutschen Arbeiter- und Handwerkerfamilien bewohnt sind. In seinen Mauern birgt die Stadt eine Haushaltungsschule, eine landwirtschaftliche Winter- u. Obstbaum- u. Obstbauschule nebst Geflügelzuchtanstalt. Die Haushaltungsschule hat die Aufgabe, Ansiedler- und Bauernkinder für ihren zukünftigen Beruf als Bauernfrauen vorzubereiten. Auf der landwirtschaftlichen Winterschule werden Ansiedler- und sonstige deutsche Bauernkinder theoretisch und praktisch ausgebildet. Die Obstbauschule liefert selbstgelegene Obstbäume an die Ansiedler, auch soll sie ein Vorbild für die Ansiedler sein, damit diese lernen, wie ein Garten praktisch zu bewirtschaften und gründlich auszunutzen ist. Die Geflügelzuchtanstalt ist errichtet, um eine einheitliche Gähnerasse einzuführen und dadurch eine bessere Verwertung des Geflügels und der Eier zu erzielen.

Sehr lebhaft ist die Entwicklung des Genossenschaftswesens in Janowitz, das die Ansiedler beim Ein- und Verkauf vor Nachteilen schützen und ihnen den Bezug der Futter- und Düngemittel und auch des Saatgetreides billiger gestalten soll.

Die Kornhausgenossenschaft (1897 gegründet) verfügt über ein Kornhaus mit Mühle und über eine Dampfbäckerei, die täglich etwa 1400 Brote herstellt. Der Direktor Wegener, einer der Väter des Genossenschaftswesens in der Ostmark, rühmte uns mit Stolz das Brot als das schmackhafteste mit und breit. Wir kosteten es und unterschrieben gerne das Urteil — nicht nur aus Höflichkeit und Sympathie (wir hatten einige Weizen Wagenfahr hinter uns). Der Getreideumsatz betrug jährlich 90 000—100 000 Ztr. Nach dem mir vorliegenden Geschäftsbericht für 1907—08 stieg der Brotumsatz von 884 879 Stück auf 473 602 Stück. Verkauft wurden 12 040 78 Ztr. Wehl. Die Lieferanten haben im Laufe der Jahre für das eingelieferte Getreide eine Nachzahlung von über 58 000,95 Mark erhalten. Der Reingewinn betrug im letzten Geschäftsjahre 7011,70 Mark.

Die Genossenschaftsmolkerei (450 Mitglieder) verarbeitet jährlich über 2 1/2 Millionen Liter Milch. Den Gewinn wurde im letzten Geschäftsjahre für die Milch durchschnittlich 9,26 Pfg. für den Liter gezahlt.

Die Viehverwertungs-genossenschaft Janowitz zählte bei ihrer Gründung (Ende 1907) 62 Genossen, Ende 1908 1169 Mitglieder. Der Umsatz betrug 1907: 1197, 1908 13 263 Tiere, zusammen 14 462; 1907 86 181,10 M., 1908 1 325 640,30 M., zusammen 1 411 771,50 M., der Gewinn 1907: 428,69 M., 1908: 2421,97 M. Der Geschäftsbericht Ende 1908 besagt: „Allein ist die Gründung unserer Genossenschaft als leuchtend für die Landwirtschaft des Bezirkes anerkannt. Nicht nur den Mitgliedern selbst, sondern auch den Nichtmitgliedern hat unsere Genossenschaft angemessene Preise und reelle Bedienung gebracht. Denn der Handel mußte, wenn er nicht ganz ausgeschlossen werden wollte, mit unserem Betriebe wetteifern und er hat dies, und nicht

zum Schaden der landwirtschaftlichen Betriebe unseres ganzen Bezirkes, auch getan. Die Preise sind, besonders bei Schweinen, auf eine angemessene Höhe durch uns gebracht worden.“

Weiter gibt es in Janowitz eine Kaufhausgenossenschaft, einen landwirtschaftlichen Verein und einen deutschen Wohlfahrtsverein. All diese Genossenschaften und Vereine haben dazu beigetragen, die Ansiedler miteinander bekannt zu machen und ihr Nationalgefühl zu stärken. Nicht unerwähnt darf bleiben, daß durch die Genossenschaften eine Anzahl deutscher Beamte und deutscher Handwerker nach Janowitz gekommen ist. Die Kornhausgenossenschaft beschäftigt z. B. 2 deutsche Kaufleute, 1 Werkführer, 2 Müller, 1 Seizer, 3—4 Wäder.

Diese kolonisationsartige Tätigkeit der Ansiedelungskommission in und um Janowitz führt allmählich eine Veränderung der Stadt herbei. Das Gepräge des durch die Ansiedler stark besuchten Marktes ist heute schon vorwiegend deutsch. 1885 wohnten nur 25 deutsche Handwerker in Janowitz, ihr Zuwachs betrug 1905 schon 34, eine Folge der Besiedelung des Gutes Janowitz. Die polnischen Meister vermehrten sich in derselben Zeit nur um 10. Die Einwohnerzahl stieg von 1401 im Jahre 1895 auf 1891 im Jahre 1905. Ein günstiges Zeichen für die Zunahme des dortigen Deutschturns ist endlich auch der Schulstatistik der Jahre 1895 und 1904 zu erkennen, während die Stadtschule in Janowitz 1895 von 107 deutschen und 391 polnischen Schülern besucht wurde, betrug die Schülerzahl 1904: 158 deutsche und 228 polnische Kinder. Es ist eine Freude, Janowitz und seine Umgebung zu durchstreifen und den Spuren der Ansiedler-tätigkeit nachzugehen. Süddeutsche Skeptiker, die zweifeln, ob die preussische Polenpolitik auf dem rechten Wege, laße ich ein, nur einen Tag Janowitz und seine ländliche Umgebung zu besuchen, sie werden gehetzt zurückkehren.

Die Ostmarkenfrage ist sehr vielseitig, ich könnte noch manches Problem erörtern, in das wir süddeutschen Ostmarkenfahrer Einblick gewonnen, die schwierige Frage der Ansiedelung deutscher Katholiken, die leichter als die Evangelischen der Kolonisation anheimfallen, und daher sich nur halten, wo sie in größeren Komplexen mit eigenem Kirchspiel zusammenhängen, und wo mindestens drei deutsche Pfarrer zum Stattpiel beieinander sind, wie ein früherer Präsident der Ansiedelungskommission im Ebersz meinte; die Einwirkung der Besiedelung des Landes auf die Hebung des deutschen Gewerbes in der Ostmark, endlich die Frage der Städte in der Ostmark überhaupt. Ich will aber meine Berichte über die Fahrt Süddeutscher in die Ostmark mit diesem, wie ich glaube und hoffe, eindrucksvollen und überzeugenden Wilde aufblühender deutscher Kultur im Osten, das Janowitz bietet, schließen. Einen langen und vollständigen Schluss darf ich mir sparen. Ich würde mich aber freuen, wenn die süddeutschen Leser aus diesen Berichten etwas folgendes erkannt haben:

Es gibt eine Polenfrage im politischen Sinne, im Sinne einer politischen Bedrohung der östlichen Provinzen Preußens durch eine großpolnische Bewegung, die nach der Errichtung eines eigenen Königreiches strebt.

Es ist so gut wie keine Hoffnung, daß das Polentum durch eine Politik des Entgegenkommens staatsbürgerlich in Preußen und kulturell im Deutschstum aufsteht, dieses Polentum schlägt

Feuilleton.

Zur Geschichte der Rose.

Von Theo Wolff.

(Schluss.)

(Nachdruck verboten.)

Im religiösen Kult der christlichen Kirche war der Rose von Anfang an eine hohe Bedeutung beschieden. Von Anfang an wurde die Rose zur spezialen Blume der christlichen Religion, weil die ersten schwärmerisch-mythischen Verkünder der Lehre Jesu die Rose ihrer roten Farbe wegen gleichsam zum Symbol des vergossenen Blutes des Erlösers erhoben. War bei den Völkern des Altertums die Rose das Symbol der Liebe und Leidenschaft, aller Lebensfröhlichkeit und alles Lebergenusses gewesen, so wurde sie im Christentum das Symbol des Leidens und sogar des Todes. Diese düstere Symbolik der Rose zieht sich in mancherlei Gestalt durch den religiösen Kult der christlichen Kirche hin. Sehr bald nach Bildung der christlichen Kirchengemeinschaft wurden Rosen und Rosenkranz die Symbole des Martyriums und als solche Kulturgüter. Nach der Legende wurde der Rosenkranz durch den heiligen Dominikus eingeführt, wie überhaupt fast alle christlichen Heiligen für die Rose eine ausgesprochene Vorliebe bekundeten. Eine große Anzahl von Legenden, in deren Mittelpunkt immer die Rose steht, bekundet das, wie die Legende von der heiligen Elisabeth von Thüringen. Als diese in einem Korb den Armen Speisen zutragen will, wird sie von dem strengen Begemahl überrascht: „Was trägst Du in dem Korbe?“ fragt er sie und sie antwortet ängstlich: „Rosen“. Um sich von der Wahrheit ihrer Worte zu überzeugen, öffnet er den Korb und siehe da, — sein Inhalt hat sich durch ein heimliches Wunder wirklich in Rosen verwandelt.

Zahlreiche ähnliche Sagen handeln ebenfalls von Rosenwundern, immer und überall findet sich die Rose als Sinnbild der Himmlichen, der Heiligen, wohl auch Gottes oder Jesus Christus selbst, oder als Gabe aus dem Paradies, die von Engeln zu frommen Menschen herniedergebracht wird. Freilich auch als Todesboten galt die Rose, jedoch nur die weiße Rose, und wiederum berichten viele Sagen, daß besonders fromme Leute oftmals eine weiße Rose als Zeichen ihres nahenden Todes in ihrem Lager gefunden haben. Endlich galt die Rose aber auch als das Zeichen der Unschuld, das oftmals erscheint, wenn ein Unschuldiger verurteilt werden soll. Auch über diese Bedeutung der Rose berichten zahlreiche Legenden.

Während so die christliche Kirche selbst die Rose zum Symbol des Ueberirdischen, des dem weltlichen menschlichen Leben abgewandten Genieles erbob und sie sogar zur Todesboten werden ließ, prangte in der Anschauungsweise der Völker selbst, soweit sie nicht im Dienste der Kirche standen, die Rose gerade im Gegenteil genau wie bei den heidnischen Völkern des Altertums als Symbol des frohen Lebens, des Lebensgenusses und aller Lebensfröhlichkeit. Anders wie in der kirchlichen Legende wird die Rose in der Volkslage zum Zeichen und zur Botin der menschlichen Liebe und aller Liebenden und ein großer Sagenreichtum knüpft an diese Bedeutung der Rose im Bewußtsein des Volkes an. In jaskosfen altdutschen Minneliedern wird die Rose als die Lieblichste gesehnt und der Rosenkranz, als der schönste Schmuck der Braut genannt, und bei Verlobung und Hochzeit durfte es nicht an reichlichem Rosen-schmuck fehlen. Rosenfeste finden sich schon frühzeitig bei allen deutschen Völkern, und auf von Rosenbeden eingehenden Plätzen hielten die Germanen zurzeit der Frühlingstfeier große Versammlungen und Wettspiele ab. Meerfach macht die altheutische Heldensage die ritterlichen Minnelämpfe auf solchen Rosenplätzen zum Gegenstande der Darstellung, vor allem im Liebe vom Rosengarten des Königs Laurich und ebenso vom Rosengarten zu Worms, einer

der großartigsten deutschen Heldensagen. Zum Rosengarten zu Worms, wo der tapfere Siegfried um die Königstochter Kriemhild wirbt, zieht Dietrich von Bern und König Etzel mit ihren Mannen, um sich im ritterlichen Kampfe mit Siegfried und den anderen burgundischen Helden zu messen. Die heißen Kämpfe, die hier unter Rosen aufgefacht wurden, hat die Sage mit liebevoller Ausführlichkeit geschildert und damit eins der schönsten und gewaltigsten Minne- und Rosenlieder geschaffen, die die Dichtkunst aller Zeiten in das Wappen selbst der berühmtesten Geschlechter aufgenommen, die teilweise, wie das Wappen von Lippe, die Rose bis auf den heutigen Tag im Schilde führen. Viele Geschlechter auch leiteten ihre Namen von der Rose ab, wie die Herren von Rosenberg, von Rosenheim usw. und ebenso verdanken viele deutsche Städte ihre Namen der Rose, wie Rosendorf, Rosenthal auch Rostock usw. Auch Orden und Gesellschaften benannten sich nach der Rose wie die Rosenkreuzer, und endlich erscheint die Rose auch als Prägung der Geld-, besonders aber der Goldmünzen, so den nach seiner Prägung benannten Rosenoble, einer von dem König Eduard 3. geprägten, sehr feinen englischen Goldmünze, die in der Mitte des 14. Jahrhunderts in Umlauf kam und seitdem im Münzwesen und der Münzgeschichte eine hervorragende Rolle spielte.

Einen so ausgebreiteten Kult das Mittelalter auch im Gebrauch der Rose trieb, so beschränkte sich doch die mittelalterliche Rosenzucht auf verhältnismäßig wenig Arten. An und für sich konnte und züchtete man nur einmahlblühende, winterbedürftige Arten, die aber auch jeder, selbst den Reinsten und bescheidensten Garten gärten und dort mit liebevoller Sorgfalt gepflegt und gepflegt wurden. Das christliche Mittelalter hielt sich frei von derartigen Ausartungen, wie wir sie bei den Römern im Gebrauch der Rose kennen gelernt haben, eine reine natürliche Freude an der edlen Blume und deren natürlicher Schönheit, das ist der Kernpunkt des mittelalterlichen Rosenkults. Im Jahre 1382 wurde die Zenti-

lich wirtschaftlich-kulturell vielmehr vollkommen ab. Ein polnisches Gemeinwesen in preussischen Staaten.

Der Kampf der Polen gegen die Deutschen wird heute aber nicht auf politischem, sondern auf wirtschaftlichem Gebiete geführt. Führer ist auf gegnerischer Seite der neue polnische Mittelstand, der Kapitalien aufammelt, eine Intelligenz heranzieht, das Genossenschaftswesen ausbildet, das Land mit polnischen Kleinwirtschaften zu belegen sucht.

Der Gegenstoß von deutscher Seite mußte ebenfalls auf wirtschaftlichem Gebiete erfolgen. Im letzten Grunde ist die Ostmarkenfrage der Kampf um den Boden. Da leider bis auf den heutigen Tag auf deutscher Seite die Selbsthilfe noch außerordentlich schwach, so mußte der Staat eine großzügige, auch unter großen Opfer den deutschen Bauern eine gesicherte Existenz gewährenden Siedelungspolitik unternehmen. (Schon Bismarck sagte, der Verlust an Rente werde aufgewogen dadurch, daß wir an der Grenze Leute haben, die nicht nur Preußen auf Ründigung sind.)

Diese staatliche Ansiedelungspolitik in Verbindung mit einer Förderung des Genossenschaftswesens und dem mittelbaren Einfluß auf die Hebung der Städte, hat sich als der einzig gangbare und erfolgversprechende Weg erwiesen, das prozentuale Verhältnis zwischen Deutschen und Polen zugunsten der ersteren zu verschieben.

Diese Ansiedelungspolitik, die auf gelunder wirtschaftlicher Grundlage aufgebaut, schon nennenswerte Erfolge in letztbezeichnete Richtung aufzuweisen hat, 15 000 Ansiedlern eine gute Existenz gewährt hat, muß unbedingt energisch und in beschleunigtem Tempo fortgesetzt werden, eventuell durch außerordentliche Maßnahmen, wenn Polen und Westpreußen nicht doch noch der wirtschaftlichen und kulturellen Verherlichung durch das Vordringen anheimfallen und damit ewige politische Unruhe an der Ostgrenze herrschen soll.

Und endlich die Ostmarkenfrage ist keine innerpreussische Angelegenheit, sondern eine der größten und ernstesten Fragen deutscher Kultur und deutscher Politik, alle deutschen Stämme sind verpflichtet, den Kampf mitzukämpfen. Das Vordringen westlich im Kampf mit ganz Deutschland und erklärt mit großer Offenherzigkeit, daß der Verlust dieser Provinzen ein Todesstoß für die Macht Deutschlands sein würde. Süddeutschland hat das größte Eigeninteresse und die moralische Verpflichtung, da mitzuarbeiten an der Deutscherhaltung dieser Provinzen. Sobald wir die Ostmarkenfrage begriffen haben als einen Kampf um die Herrschaft über das Land, in dem es um das Übergewicht nationaldeutscher oder nationalpolnischer Volkstums auf reichsdeutschem Boden geht, nicht als eine gewalttätige und ungeredete Unterdrückung und Entrechtung der polnischen Individualitäten, die ebenso zwecklos wie unmöglich wäre, springt sie als eine Angelegenheit der deutschen Gemeinbürgerschaft in die Augen.

Ich hoffe, daß unter diesen Gesichtspunkten das durch die Ostmarkenfrage Süddeutscher belebte Interesse an der Ostmarkenfrage lebendig und tätig erhalten bleibe, bereit, Preußen jede nur denkbare moralische Unterstützung zu leisten.

Politische Uebersicht.

Wannheim, 22. Juni 1909.

Neue Kanzlerverdächtigung trotz Spahn.

In dem Kampf des Zentrums gegen den Kanzler bedeutet der Schwärze Fried auf dem ultramontanen Parteischilde zweifellos die triviale Zettellei via Wien, die den Fürsten Bülow in einem ungeheuer gespannten Moment der auswärtigen Lage mangelnde Bündnistreue vorwarf. Eine derartige, an Hochverraterei grenzende Aktion, die bei den internationalen Beziehungen des Ultramontanismus mehr bedeutete als eine gewöhnliche Presseliste, hat kaum ein sozialdemokratisches Gegenstück. Wenn Herr Spahn die Verantwortung für diese Treibereien von dem Zentrum abzuwälzen suchte, so konnte ihm das durch eine nachträgliche Desavouierung der schuldigen Mätter nicht gelingen. Umsoweniger als der Unfug in dieser Stunde noch andauert, trotzdem die ultramontane Presse doch sonst gut Disziplin halten kann, wenn die Parteileitung es ernstlich von ihr verlangt. Die „Augsb. Postz.“ z. B., das führende Blatt des bayerischen Zentrums, bleibt auch in ihrer Samstagnummer vom 19. Juni dabei, den deutschen Reichskanzler im Sinne der Germania-artikel zu verdächtigen. Das Blatt schreibt:

solte aus Persien nach den rosenzuchtenden europäischen Ländern eingeführt, und zurzeit der Kreuzzüge führte Robert von Brie auch die berühmte Damascener Rose in Europa ein, zunächst nach seinem Schloße Troins in der Champagne, wo die Pflanz der neuen Rose alsbald eifrig betrieben wurde und allmählich auch nach den anderen Ländern gelangte. Durch die genannten beiden neuen Rosenarten wurde die europäische Rosenzucht bedeutend bereichert, so daß der berühmte Botaniker Kadpar Bauhin, der im 16. Jahrhundert in Basel lebte, immerhin schon 19 wilde und 17 zahme Rosenarten unterscheiden konnte. Im Jahre 1780 wurde die Bengelrose aus Kanton in Europa heimisch, nachdem schon einige Jahrzehnte vorher in einem Walde bei Dijon die hiernach benannte Dijonrose entdeckt worden war. 1807 kam die Bankrose aus Japan und China nach Europa und wenige Jahre darauf auch die Theerose, die bald eine der am eifrigsten gesuchten Vertreter der gesamten europäischen, besonders aber der englischen Rosenzucht gegen den Anfang des vorigen Jahrhunderts sowohl nach Art wie Schönheit ihrer Erzeugnisse einen bedeutsamen Aufschwung, begünstigt durch die Liebhaberei, welche viele fürstliche Persönlichkeiten mit der Rose trieben und die zur Anlage ausgedehnter Rosengärten an den meisten europäischen Fürstentümern führten. Eine leidenschaftliche Verehrerin der edlen Blume war die französische Kaiserin Josephine, die keine Opfer scheute, wenn es sich um die Bereicherung ihrer Rosenkulturgärten handelte, und die die Anregung zur Begründung der berühmten Rosenschule zu St. Denis bei Paris durch den Rosengärtner Dedecmel im Jahre 1815 gab. Auch der Botaniker Wopland erwarb sich die Gunst der Kaiserin durch seine hervorragenden Leistungen um die Weiterbildung der französischen Rosenzucht, die damals zu ihrer höchsten, seitdem nicht wieder erreichten Entfaltung gelangte. In Deutschland bemühte sich besonders der kurfürstliche Hof zu Kassel, um die Pflanz der Rose, und die Rosenzucht des kurfürstlichen Gartens war weitum berühmt. Auch Friedrich Wilhelm I. von Preußen war

Es bleibe die Tatsache bestehen, daß Österreich die Ruhe im Orient um eine halbe Milliarde Kronen billiger bekommen hätte, wenn Bülow und seine offizielle Presse im Oktober und November vorigen Jahres mit derselben Entschiedenheit und dem kräftigsten Hinweise auf das deutsche Meer sich an die Seite Österreichs gestellt hätte, wie dies im Frühjahr erst geschah.

Wenn noch ein paar Monate ins Land gehen und das Zentrum sich wieder sicher im Sattel, wird man wahrscheinlich lesen, daß das eigentliche Verdienst an der Bündnistreue Deutschlands gegenüber Österreich dem Zentrum zukomme. Der deutsche Patriot aber steht beikampt vor der Tatsache, daß im Deutschen Reich eine Partei drauf und dran ist, wieder die Vorherrschaft zu erlangen, deren Presse nicht einmal vor hochverräterischen Mitteln zurücksteht, wenn es gilt, den ultramontanen Machthugern zu stillen.

Jür die Erbanfallsteuer

tritt mit großem Nachdruck ein langjähriges Mitglied der konservativen Partei in der „Güterloher Zeitung“, einem orthodox-konservativen Organ ein. Nachdem der Einsender zunächst „den leitenden Organen“ der dortigen konservativen Partei heftige Vorwürfe gemacht hat, weil sie noch keine Protestversammlung „gegen das Verhalten der konservativen Reichstagsfraktion in der Finanzreform“ veranstaltet haben, fährt er fort:

Ich weiß, daß die hiesigen Konservativen die Erbschaftsteuer beziehungsweise Erbanfallsteuer ohne Ausnahme sehr wenig lieben und den lebhaften Wunsch haben, sie durch eine andere Steuer zu ersetzen. Ich weiß auch, daß die hiesigen Konservativen in überwiegender Majorität die Ueberzeugung gewonnen haben, daß eine gleich gerechte Steuer, wie die Erbanfallsteuer, zumal in der jetzigen Fassung, wonach auf die Wünsche der Landwirtschaft die denkbar weitgehende Rücksicht genommen ist, nicht gefunden werden kann, und daß speziell die von der Rumpfkommmission aufgestellten Erbschaftsteuern völlig unbrauchbar sind, zum Teil sogar, wie die Wästelsteuer, geradezu steuerliche Angelegenheiten darstellen, und daß demgemäß die große Mehrzahl der hiesigen Konservativen trotz aller Bedenken, die — wie gegen jede andere Steuer — so auch gegen die Erbanfallsteuer geltend gemacht werden können, es dennoch für eine nationale Pflicht erachten, für die Erbanfallsteuer zu stimmen. Ich weiß ferner sehr bestimmt, daß unter sehr vielen hiesigen Konservativen groß: Entrüstung darüber besteht, daß die konservative Fraktion als solche in der Steuerfrage ausschließlich agrarische Sonderinteressen bisher verfolgt und den nationalen Gesichtspunkt dabei leider ganz außer acht gelassen hat, und daß verschiedene angesehenere konservative Bürger der Stadt aus Entrüstung über das Verhalten der konservativen Fraktion bereits ihren Austritt aus der konservativen Partei angemeldet haben.

Der Einsender verlangt schließlich „im Interesse der Erhaltung der konservativen Partei, noch in eifriger Stunde eine Protestversammlung.“

Konservativer Fraktionszwang gegen die Erbanfallsteuer?

Von einer zuverlässig unterrichteten parlamentarischen Seite schreibt man der „Tägl. Rundsch.“ zur innerpolitischen Lage:

Es steht fest, daß die Zentrumsparthei sich den Konservativen gegenüber verpflichtet hat, unter Fraktionszwang gegen die Erbanfallsteuer zu stimmen. Die Möglichkeit der Verhandlung in irgendwelcher Form zwischen den Parteien wird nur davon abhängen, ob auch die Konservativen eine entsprechende Gegengewehrpflicht übernommen haben, die sie unter allen Umständen bindet. Liegt die Sache tatsächlich so, dann kann man die Haltung der Konservativen nur als eine persönliche Gegnerschaft gegen den Reichstangler mit dem Endzweck seines Rücktritts auffassen. Und damit wäre jede Aussicht auf ein Zustandekommen der Finanzreform unter Mitwirkung der liberalen Parteien beseitigt. Wenn aber die konservative Partei in ihren endgültigen Entschlüssen dem Zentrum gegenüber noch frei ist und eine Konzeption in der Erbanfallsteuer unter entsprechenden Gegenleistungen der Liberalen in der Besteuerung des Tabaks und Branntweins machen kann, dann wäre die letzte Hoffnung auf eine endliche Lösung der Krise noch nicht geschwunden. Der gestrige Artikel der „Allg. Ztg.“, der den Standpunkt der Parteiführer zum Ausdruck bringt, deutet ja die Linie an, auf der eine Verhandlung noch möglich ist. Die Pflicht der Konservativen wäre es nun, zu erklären, ob ein weiteres Entgegenkommen von liberaler Seite überhaupt noch Gegenstand der Verhandlungen sein kann, oder ob der bereits proklamierte Fraktionszwang die Partei endgültig gebunden hat.

Im Zusammenhang hiermit gewinnt an Bedeutung, was die „Kreuzzeitg.“ am Schlusse ihres Sonntagartikel schreibt; es heißt dort:

„Den Konservativen steht auch heute noch, wie allezeit, das nationale Wohl über ihren Parteinteressen und deshalb sind sie,

ein großer Rosenliebhaber, was auch das berühmte Mosarium beweist, das er auf der Pfaueninsel bei Potsdam anlegen ließ.

So finden wir die Rose als eine der anmutigsten und schönsten Erscheinungen im Kultur- und Geistesleben der Völker, eine Erscheinung, in der sich die ursprüngliche Freude des Menschen am Reinen, Schönen und Guten widerspiegelt.

Bantes Feuilleton.

— Der agrarpolitische Ruf. Auf dem Sommerfest des Bundes der Landwirte in Oldenburg hat der Landtagsabgeordnete von Levechow der Buntjäger Zeitung zufolge die Frauen und Jungfrauen als Helfer für den Landbund aufgerufen. Sonst wollen die Konservativen von politischer Betätigung der Frauen nicht recht hören, aber wenn es sich um einen guten Zweck, d. h. den Landbund handelt, so ist das allerdings eine andere Sache. Herr v. Levechow sagte also: „In solcher Zeit richte er ein Wort an die Frauen, die mit dazu beitragen könnten, daß es anders werde; sie müßten ihren Männern in jeder Weise die politische Mitarbeit erleichtern und sie zu solcher anspornen. Und auch die jungen Damen sollten zu ihrem Besten sprechen: „Ja, ich bin dir gut, aber du mußt zum Bunde der Landwirte halten, ehe du mir keinen Mitgliedschein zeigst, bekommt du keinen Ruf.“ In Sachen politischer Propaganda soll man nicht zu eifrig sein, aber was zu weit geht, geht zu weit und wir müssen uns aus der Tiefe unseres Gemüts dem Vorschlage widersetzen, aus dem beabsichtigenden Ruf ein Mittel politischer Korruption zu machen. Nur den strengbündlerischen Jüngling soll der Ruf der agrarischen Jungfrau erntren, der nichtbündlerische soll aber mit gespitzten Lippen unverrichteter Dinge abziehen müssen! Hat Herr v. Levechow auch recht überlegt, welche Leidenschaften damit aufgewühlt, welcher glühende Haß dadurch bei den nichtagrarischen Jünglingen erweckt und wie der soziale Haß in größtmöglicher Weise aufgeschüttelt

wie Graf Westphal erklärt hat, bereit, den Liberalen, sofern sie den Standpunkt der harten Negation gegenüber den Kommissionsbeschlüssen aufgeben, entgegenzukommen. Die Liberalen, die sich in dem letzten Stadium der Kommissionsberatungen sehr ausgehollt haben, können jetzt das Verhängnis nachholen und Vorschläge zur Verbesserung der Kommissionsbeschlüsse machen. Sie können versichert sein, daß es die Konservativen ihnen gegenüber an wohlwollendem Entgegenkommen nicht fehlen lassen werden. Aber auf alle Fälle muß die Lösung heißen: Wache und ganze Arbeit!“

Das sieht immerhin nicht so aus, als habe die konservative Fraktion die Ablehnung der Erbanfallsteuer ihren Mitgliedern schon jetzt zur Pflicht gemacht; wobei es außer Betracht bleiben kann, ob es jetzt Sache der Rechten oder der Linken ist, Vorschläge zur Verbesserung der Kommissionsbeschlüsse zu machen.

Badische Politik.

Badischer Staatshaushalt.

Aus den Darlegungen, die Finanzminister Konzell in der üblichen Weise dem landständischen Ausschuss am Samstag über die gegenwärtige Lage des Staatshaushaltes gegeben hat, bringt die „Karlsruher Zeitung“ einen längeren, halbamtlichen Bericht:

In der allgemeinen Staatsverwaltung überstiegen im Jahre 1908 die Ausgaben des außerordentlichen Etats die Einnahmeüberschüsse des ordentlichen Etats um 1,7 Millionen Mark, während das Jahr 1907 noch mit 2,1 Millionen Mark Ueberichuß abgeschlossen hatte, jedoch sich insgesamt für 1908 eine Verschlechterung um 3,8 Millionen Mark ergibt (3 Millionen auf den ordentlichen und 0,8 Millionen auf den außerordentlichen Etat). Dieser ungünstige Abschluß wird begründet im wesentlichen mit der Verlangsamung des sogenannten natürlichen Zuwachses der direkten Steuern und dem Rückgang der indirekten Steuern. Die Einnahmen aus den direkten Steuern sind um 0,3 Millionen Mark zurückgegangen. Der schon 1907 fühlbar gewordene Rückgang der indirekten Steuern hat sich verstärkt fortgesetzt und beträgt im Jahre 1908 allein 1,3 Millionen Mark. Am größten ist der Ausfall bei der Viegensteu- und Verzehrssteuer, deren Ertrag seit 1906 um nahezu 1 Million Mark sich vermindert hat von 5,94 auf 4,97 Millionen Mark. Auch der Ertrag der Zölle und Polizeigebühren ist erheblich zurückgegangen. Verschärft wurden die Ausfälle an den Steuererträgen durch eine starke Vermehrung der Abgänge und Zurückhaltungen. Der Reinertrag der Forst- und Domänenverwaltung ist um rund 700 000 M. hinter dem Vorjahr zurückgeblieben. Noch schlimmer als der Rechnungsabschluß der allgemeinen Staatsverwaltung stellt sich das Ergebnis des Staatsbahnbetriebes. Während der Reinertrag einschließlich des badischen Anteils am Reinertrag der Main-Neckarbahn im Jahre 1906 auf 29,6 Millionen Mark, im Jahre 1907 auf 28,3 Millionen Mark sich stellte, hat er im Jahre 1908 nur 14,06 Millionen ergeben. Man müsse bis zum Jahre 1891 zurückgehen, um eine noch geringere Reinertragsziffer zu finden. Als Endergebnis der Bahn bleibt gegenüber dem Finanzbedarf ein Fehlbetrag von 2,8 Millionen Mark, der aus Anleihemitteln gedeckt werden mußte. Ebenso das ganze Erfordernis der regelmäßigen Eisenbahnschuldentilgung im Betrag von rund 9 Millionen Mark.

Aus den vom Finanzminister an diese Mitteilung angelegten Betrachtungen über den mutmaßlichen Abschluß der Staatsrechnungen am Jahresende 1909 sei hier erwähnt: Bei den direkten Steuern werde ein Mehrertrag von 2,7 Millionen Mark erwartet. Davon entfallen aber auf die am 1. Januar dieses Jahres eingetretene 10prozentige Erhöhung der Einkommensteuer rund 1,5 Millionen Mark, sodas als „natürlicher Zuwachs“ nur 1,2 Millionen Mark bleiben, d. h. wieder ein Rückgang an diesem Zuwachs gegenüber dem Vorjahr. Die Erhöhung der Einkommensteuer wurde durch die Mehrbelastung der Staatskasse infolge der allgemeinen Beamtenaufbesserung nötig. Eine Besserung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, deren Tiefstand die starken Ausfälle bei den indirekten Steuern zuzuschreiben sind, sei bis jetzt nicht oder doch nicht in solchem Maße eingetreten, daß mit einer Ertragssteigerung dieser Steuer gerechnet werden könne. Schwer ins Gewicht fällt für den Abschluß der badischen Staatsrechnung von 1909 die Frage, wie der Reinertrag des Staatsbahnbetriebes und wie die finanziellen Beziehungen zum Reich sich ausstellen mögen. Noch beiden Richtungen können gegenwärtig lediglich mehr oder minder begründete Vermutungen angestellt werden. Noch darauf sei hinzuweisen, daß im zweiten Jahr der Budgetperiode die Ausgaben namentlich im außerordentlichen Etat

werden würde? Hat er auch daran gedacht, wie die neuen Freunde der Konservativen, das Zentrum, über das Aufmonopol denken werden, das in Verlegung aller sonst so heilig gehaltenen Parität ausschließlich den Agrariern bewilligt werden soll? Ist es schließlich ganz sicher, daß nicht auch den agrarischen Jungfrauen eine erhebliche ideelle und materielle Schädigung erwachsen kann durch die vorgeschlagene Beschränkung des Rechts auf den Ruf, der doch recht eigentlich zu den Grundrechten der Frau gehört, dessen sie sich nicht gern werden berauben lassen wollen. Wir wollen den agrarischen Jünglingen nicht zu nahe treten, aber es ist doch nicht ganz ausgeschlossen, daß selbst agrarische Jungfrauen in Spezialfällen nach nichtagrarischen Klassen Gelüste hegen und keine Neigung empfinden, zu insofernweigernden Märschtruppen der heiligen Agraria zu werden. Man sieht, daß der reaktionäre, unsoziale Rat des Herrn v. Levechow tiefergründige Fragen des Frauenrechts berührt, die ohne sorgfältige Vorbereitung und Anrufung wirklicher Ruf-Autoritäten beiderlei Geschlechts nicht so ohne weiteres entschieden werden können. Es würde bei solchen gutachtlichen Aeußerungen auch die Frage zu prüfen sein, ob der Besitz eines Mitgliedscheins des Bundes der Landwirte ein Anrecht auf den Ruf der agrarischen Jungfrau bietet. Diese Frage ist deshalb so ernst, weil ruchlos beanlagte Menschen die Ausgabe von 3 M. für den Mitgliedschein nicht scheuen und auf Grund dieser Legitimation die Jungfrau dann lassen können, ohne doch wirkliche Agrarier zu sein. Die Jungfrau käme dadurch in eine peinliche Lage, für die sie Herrn von Levechow als intellektuellen Urheber des erschlichenen Rufes verantwortlich machen könnte.

— Kommt Graf Zepelin im Luftschiff nach Sachsen und Berlin? Die Sächsische Zentralkorrespondenz in Dresden schreibt: Die unerwartete Flugschiffahrt des Grafen Zepelin über Sachsen hat doch noch dazu beigetragen, das Interesse für das Lebenswerk des Grafen zu steigern, obgleich dieses schon so groß schien, daß man eine Steigerung gar nicht für möglich halten sollte. Voran

größer zu sein pflegen, als im ersten Jahr, zumal wenn, wie 1908, das Finanzgesetz erst in der zweiten Hälfte des ersten Budgetjahres zustande gekommen sei.

Evangelische General-Synode.

Vierte Sitzung.

(Von unserem Karlsruher Bureau.)

22. Karlsruhe, 22. Juni.

Präsident Weingärtner eröffnet um 9 Uhr die Sitzung mit Gebet und gedenkt des aus dem Leben geschiedenen ehemaligen Mitgliedes der Synode Stefan Gabermehl.

Eingegangen ist eine Eingabe betr. die Verpachtung der Kirchlichen Jagden und eine weitere der kirchlich-positiven Vereinigung zur Unterstützung der Position, den obligatorischen Gebrauch des Apostelkrums betr.

Gehemrat D. Selbig gibt ein Schreiben J. A. Hohheit der Großherzogin Luise bekannt, in welchem dieselbe anlässlich des goldenen Jubiläums des Frauenvereins den evangelischen Geistlichen den Dank ausdrückt für die Mitwirkung derselben an den Liebeswerken des Frauenvereins. Dem Schreiben ist ein Erinnerungsblatt an das 50jährige Jubiläum beigegeben.

Abg. v. Dörzen berichtet über den Antrag der kirchlich-liberalen Vereinigung, die Abänderung des § 61 der Kirchenverfassung betr. Es soll nach demselben der Wahlmann für die weltlichen Abgeordneten nicht mehr durch den Kirchengemeinderat, sondern durch die Kirchengemeindeversammlung gewählt werden. Die Annahme des Antrages, so meinen die Antragsteller, werde eine Verlesung des kirchlichen Interesses an den Gemeindeversammlungen herbeiführen, werde eine Stärkung des Ansehens der Synode in der Kirche zur Folge haben und werde die Mißstände des Wahlverfahrens besonders in den großen Städten beseitigen. Die Mehrheit des Ausschusses stellt den Antrag auf Annahme des Antrages der kirchlich-liberalen Vereinigung.

Abg. v. Holler mann dankt dem Berichterstatter für den ebenso gründlichen wie verständnisreichen Bericht des Berichterstatters. Er möchte einleitend doch hervorheben, daß es nicht richtig ist, wenn man den Kirchengemeinderat als das maßgebende Organ der Kirchengemeinde hinstelle, beide zusammen seien es. Die heutige Forderung habe ihren Ausgang genommen von den großen Städten, wo die Mißstände am empfindlichsten seien und am schärfsten zutage treten, wie z. B. in Mannheim, wo 18 Kirchenämter 20 Wahlmänner wählen. Auch der letzte Bauer auf dem Lande habe das Bewußtsein, daß er ein Recht habe, mitzureden. Wir haben tausende evangelische Arbeiter, die mitberufen sein und mitbestimmen an den öffentlichen Dingen. Wir Geistlichen selbst wählen direkt. Es werde auch sehr gut sein, wenn ein etwas größerer Kreis beteiligt und interessiert werde für die Fragen, die die Landeskirche angehen und ein größeres Interesse für die General-Synode bekomme. Ganz so bequem, wie bisher werde es nicht sein. Er für seine Person würde wesentlich mehr fordern, mit dem heutigen Antrag werde nur ein kleiner Schritt nach vorwärts getan. Die Frage sei früher nicht als Parteisache aufgefaßt worden und Männer wie Reimuth, Greiner hätten auf dem Boden des Antrages gestanden. Er bedauere, daß das Kirchenregiment noch nicht eine gesetzgeberische Vorlage gemacht habe, besonders in einer Zeit, wo man den Gemeinden größere Steuerlasten zuntute. Er hoffe, daß unter Kirchenregiment, das den modernen Bestrebungen Verständnis entgegenbringe, wenn der heutige Antrag eine statliche Mehrheit finde, auf der nächsten Synode dieser Abstimmung folgen werde und dem Antrag entspreche.

Abg. Kappeler (pos.): Wir nehmen dem Antrag gegenüber einen ablehnenden Standpunkt ein. In den großen städtischen Gemeinden hätten sich gewisse Mißstände ergeben und seine politischen Freunde würden durch einen Gegenantrag diese Mißstände zu beheben suchen. Die Gründe gegen den Antrag seien sehr ernster Natur, sie wurzeln in unserer Verfassungstreue, denn unsere Verfassung wirke seit einem halben Jahrhundert zum Segen unserer Kirche. Ihre Hauptstärke beruhe darin, daß sie Ernst mache mit dem Gemeindeprinzip. Und damit stehe unsere Kirchenverfassung auf dem Boden der Schrift mit ihrer hohen Wertung der Gemeinde. Darum bedauern wir, daß seit zwei Jahrzehnten unserer Verfassung schwere Wunden geschlagen worden seien, so durch die staatliche Steuererhebung. Neben das Gemeindeprinzip habe unsere Kirchenverfassung das sogenannte Siebelsystem gestellt. Wir werden einen Gegenantrag stellen, der der augenblicklichen Not in den großen Städten begegnen soll. Er richtet die Bitte an den Oberkirchenrat, er möge einmal unsere Kirchenverfassung ansehen, wie weit in der letzten Zeit durch

in Leipzig, Plauen und Umgebung, wo die Leute mit eigenen Augen und Ohren den Flug des Venuskolons wahrnahmen. Dort läßt man sich nicht von der Ueberzeugung abbringen, daß der Graf nur Sachen habe besuchen wollen. Es besteht nun wohl kaum noch ein Zweifel, daß die nächste Luftfahrt des Grafen nach dem Norden gehen muß und daß dies in einigen Wochen geschehen wird. Ebenso ist es unabweisbar, daß die Fahrt über Sachsen gehen wird, denn es liegt doch nun einmal in der Mitte des Reiches. Ganz Sachsen sieht dem zu erwartenden Ereignis mit ganz besonderer Spannung entgegen, namentlich diejenigen, die durch einen tüchtigen Zufall das Luftschiff nicht sahen, obwohl es ihnen an der Nase vorbeifuhr. Hoffentlich arbeitet dann der Nachrichtendienst etwas besser; in Jwidau z. B. erhielt das Telephonamt von München aus Mitteilung vom Erscheinen Jepselins. Aber die Damen des Telephons dachten nicht daran, irgend jemand von diesem Ereignis Mitteilung zu machen, sondern führten in den Turm des Postgebäudes hin und schauten nach dem „Jepselin“ aus. In Friedrichshafen ist man der Presse gegenüber ungewöhnlich vorsichtig, doppelt vorsichtig nach dem falschen Alarm in Berlin. Daß aber Graf Jepselin eine zweite Fahrt nach dem Norden, also nach Sachsen und Berlin, unternehmen wird, dürfte aus der Beantwortung einer Anfrage, die die Sächsische Zentral-Korrespondenz in Dresden an den Grafen Jepselin richtete, hervorgehen. Graf Jepselin erteilte jedoch der genannten Korrespondenz nachstehende Auskunft: Für eine noch malige Fahrt nach dem Norden ist bislang weder ein Termin, noch eine Route in bestimmter Aussicht genommen und es können deshalb auch noch keine Städte, welche voraussichtlich überflogen werden, genannt werden. — Diese etwas vorsichtig gehaltenen Mitteilungen des Grafen Jepselin wird wohl keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß eine Fahrt nach dem Norden geplant ist. Route und Termin werden natürlich noch geheim gehalten, jedenfalls um keine Enttäuschungen aufkommen zu lassen.

gesetzliche Bestimmungen unsere Verfassung verletzt und verwunden worden sei und Vorschläge zur Besserung machen, wo Mücken sich zeigen. Wir brauchen in den uns bevorstehenden Kämpfen lebendige Gemeinden, die erfüllt sind vom christlichen Geist.

Abg. Neuwirt: An unserer kirchlichen Verfassung wolle man nicht rütteln, so lange nicht die dringende Notwendigkeit dazu vorhanden sei. Hier handle es sich aber um Beseitigung von Mißständen, weshalb er dem Antrag der kirchlich-liberalen Vereinigung zustimme.

Abg. Wittmann möchte nicht glauben, daß die Lebendigkeit der Gemeinde für die Kirche durch das Siebelsystem erzeugt wurde. Gerade die weltlichen Abgeordneten hätten unter diesem System zu leiden. Für Mannheim wie Karlsruhe liege ein Bedürfnis vor. Er hoffe auf eine große Majorität, daß endlich einmal das Ziel erreicht werde. Abg. Kaufmann (pos.) Das Bedürfnis einer Aenderung sei nur in den großen Städten hervorzugetreten. Der Schwerpunkt unseres kirchlichen Lebens, religiösen Lebens gebe dem Kirchengemeinderat aus, der noch immer am besten wisse, wer zu wählen sei. Um dem Bedürfnis der größten Gemeinden entgegenzukommen, stellen wir den Antrag, daß der § 61 dahin abgeändert werde, daß der § 43 einen Zusatz dahin erhalte, daß in den Gemeinden, die mehr als zehn Wahlmänner zu wählen haben, sämtliche Kirchengemeinderäte Wahlmänner sind.

Abg. v. Hollander: Nach den Erfahrungen, die er in Mannheim gemacht, habe er sich überzeugen lassen, daß die Verhältnisse im Lande verschieden liegen, daß es aber bei den Landgemeinden nicht gerechtfertigt wäre, das Grundprinzip zu verlassen; er könne sich deshalb nicht für den Antrag des Ausschusses aussprechen, wohl aber für den Antrag Kaufmann, der Mißstände zu beseitigen geeignet sei.

Gehemrat Selbig, Präsident des Oberkirchenrats: Ich werde Sie nicht lange aufhalten, weil, wie die Sachen liegen, Vorschläge bezüglich dieses Antrages hier in diesem Hause völlig ausgeschlossen sind. Der Abgeordnete Holtermann habe bereits mitgeteilt, daß das Kirchenregiment noch die gleiche Stellung einnehme wie 1904 und beifügt, das Kirchenregiment sei modernen Bestrebungen nicht abgeneigt. Er hat damit Recht, aber wenn es so ist, so muß auch das Kirchenregiment für sich in Anspruch nehmen, daß sie den Standpunkt nicht aus Rücksichtigkeit beibehalten. Es sich bis in 5 Jahren ändern wird, wer kann das sagen, ich bei meinem Alter am allerwenigsten. Mißstände bestehen in den großen Städten und zur Beseitigung derselben habe er im Ausblick Anregungen gegeben. Wenn Fortschritte auf kirchlichem Gebiete gemacht werden sollen, so müssen sie doch von ganz anderen Punkten ausgehen, als von kleinen Verfassungänderungen. Dixi.

Abg. v. Schöpfer wendet sich gegen den Antrag Kaufmann. Unsere Kirchengemeindeversammlungen haben für die Weise, wie sie sich um das kirchliche Leben betätigt haben, es wohl verdient, daß man ihnen dieses Wahlrecht gibt.

Abg. Roth (pos.) wendet sich gegen den Ausschussantrag, der nach einem kurzen Schlußwort des Berichterstatters v. Dörzen mit 23 gegen 22 Stimmen angenommen wird; für den Antrag Kaufmann erheben sich 24 Stimmen.

Präsident Gehemrat D. Selbig: Die Abstimmung besage, daß für die heutige Tagung der Synode eine Vorlage nicht erwartet, sondern eine solche für die nächste Synode vorbereitet werde.

Die Bitte der Filialgemeinde Friedrichshafen um Trennung von der Kirchengemeinde Edingen wird der Oberkirchenbehörde empfehlend überwiesen.

Es folgte eine Reihe Rechnungsrechnungen, die ohne erhebliche Debatte unbeanstandet erklärt wurden.

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 22. Juni 1909.

Genannt wurde Gerichtskassier Eugen Staber in Stühlingen zum Notar im Amtsgerichtsbezirk Bonndorf. Dem Genannten wurde das Notariat Stühlingen zugewiesen.

Landesberuflich bestätigt wurde die Uebertragung einer Stelle für Bezirksaufsichtsbeamte bei der Kaiserlichen Oberpostdirektion in Karlsruhe an den Ober-Postinspektor Schmidt mit Wirkung vom 1. Dezember 1908 ab.

Personalmeldungen aus dem Ober-Postdirektionsbezirk Karlsruhe. Angenommen: zu Telegraphenbediensteten: Nina Balingier in Bruchsal, Emma Jester in Durlach, Elise Vogt, Frida Dörr, Susanna Hartmann, Marie Laubenderger, Hedwig Mayer, Julie Müller, Amanda Thron, Marie Weiland in Mannheim, Helene Bausch in Pforzheim, Emma Krämer, Klara Sobas in Tauberhofsheim. — Staatsmäßig angestellt: als Telegraphenmechaniker: der Telegraphen-Hilfsmechaniker Adolf Schmidt in Mannheim. — Versetzt: die Postassistenten: Heinrich Baier von Heidelberg nach Mannheim, Emil Buchleiter von Oberkirch nach Pforzheim, Jakob Gamber von Heidelberg nach Pforzheim, Paul Hech von Karlsruhe nach Oberkirch, Robert Geiger von Mannheim nach Wehrheim, Emil Schöb von Heidelberg nach Karlsruhe, Otto Ulmer von Karlsruhe nach Durlach; die Telegraphenassistenten: August Dezentner von Heidelberg nach Pforzheim, Karl Krieger von Karlsruhe nach Pforzheim. — Gestorben: der Oberpostinspektor, Rechnungsrat Karl Weigelt in Karlsruhe.

Feierestjubelium. Wie der „Bad. Beob.“ mitteilt, können von den im Jahre 1884 durch Erzbischof Otho geweihten Priester in diesem Jahre nachstehende ihr silbernes Jubiläum feiern: Dompropst Brettle und Professor Dr. Künste in Freiburg, Professor Dr. Bauer in Heidelberg, Propst Siegel in Wiesloch, Pfarre Graf in Untergrombach, Pfarre Heilmann in Wingen, Pfarre Salzmann in Hohenlengen, Pfarre Schäfer in Bernau, Pfarre Seger in Schenterszell, Pfarre Wendler in Ruerbach und Pfarre Wülz in Göttingen. Die Feier wird in Freiburg begangen.

Die diesjährige Mittelglieder-Versammlung des Verbandes zur Wahrung der Interessen der Betriebskrankenkassen für Süddeutschland, die in Mannheim am Sonntag im städtischen Katharinenaal in Kolmar i. El. statt unter Vorsitz des Vorsitzenden Herrn Geh. Kommerzienrats Schumberger-Malsbenden. In der Versammlung waren vertreten 78 Kassen bzw. Firmen mit insgesamt 117 Stimmen. Nach Begrüßung der Erschienenen durch den Herrn Vorsitzenden erteilte dieser dem Geschäftsführer Herrn Ostermayer das Wort zum Geschäftsbericht, dem wir u. a. entnehmen, daß von 515 festgestellten Kassen des Verbandes-Arbeitsgebietes mit einer Gesamtmitgliederszahl von 218 000 innerhalb Jahresfrist dem Verbands beigetreten sind 209 Kassen bzw. deren Firmen mit insgesamt 150 144 Mitgliedern. Nachdem der Rechnungsablaß für 1909 vorgelesen war, wurde dem Vorstand Entlohnung erteilt. Herr Hartmann-Darmstadt hielt dann ein größeres Referat über den Entwurf einer Reichsversicherungsordnung, in deren Verlauf die Versammlung

eine Reihe von Entschlüssen faßte betreffs Aenderung der Bestimmungen, besonders betonend, daß sämtliche erscheinenden Kassen-Vertreter entschiedene Stellung nehmen gegen jedwede Uebertragung der Betriebskrankenkassen. Der Geschäftsführer, Herr Ostermayer, referierte dann noch über Errichtung von Verbänden nach § 46 R. V. G. und §§ 490 bis 499 der R. V. D., welche im Stande sind, sehr erfolgreich zu wirken, besonders aber auch für Betriebskrankenkassen zu empfehlen seien, da dadurch dem einzelnen Betriebsunternehmer die mit der Kassenverwaltung verbundene Arbeit abgenommen werde.

Berichtigung. Die in dem Stadtratberichts in der Samstagabendnummer unter Arbeitsübertragung Nr. 3 genannte Firma, der die Kessleinmanerung im Schulhausneubau Wohlgelegen 2 übertragen worden ist, heißt nicht Stemmer u. Busch, sondern Renner u. Busch.

Ludwigshafener Parkfest 1909. Die Vorbereitungen zum Parkfest, das am 4. und 5. Juli ds. J. stattfindet, sind in vollstem Gange. Das Programm hat wiederum wesentliche Verbesserungen aufzuweisen, auf die wir heute schon hinweisen wollen. An beiden Tagen finden vom Festplatz aus Griesstaudenmassenaufzüge statt. Eine Reihe süddeutscher und norddeutscher Griesstaudenvereine haben entgegenkommenderweise ihre Griesstauden — und zwar 3000 Stück — zu diesem Anlaß zur Verfügung gestellt und es werden die zu einer bestimmten Stunde aufgelaufenen Griesstauden die Grüns vom Ludwigshafener Parkfest nach den verschiedensten Gegenden der Mundart tragen. Das so beliebte Feuerwerk am 2. Tage hat ganz neue, hier und in Mannheim noch nicht dargebotene Nummern in seinem Programm. Die Kassenstellen bleiben am Parkfestmontag bis zum Abtreiben des Feuerwerks geöffnet, damit jeder, auch der, der nur zum Feuerwerk kommt, Gelegenheit hat, sein Scherlein zu dem gemeinnützigen und wohlthätigen Zweck des Parkfestes beizutragen. Die Zahl der Weinstankstellen wird um 2—3 gegen die Vorjahre verringert, damit die Klagen der Weinwirte, daß sie nach Abzug aller Unkosten fast nichts verdient hätten, aufhöre. Das Kaffeegeld wird dem Bedürfnis entsprechend um ein beträchtliches Stück vergrößert. Auf dem Feste werden in diesem Jahre zwei vollständige Musikkapellen konzertieren, die 17er aus Gernsheim in der großen Parkfesthalle und die Pioniere aus Speyer auf dem vorderen Teile des Festplatzes, auf den Doppelreihen bei den Bier- und Weinstankstellen. Die hiesigen Musikkapellen werden in besserer Weise zum Tange aufspielen; der zweite Tanzboden, der bisher auf dem Weinvorplatz bei der Festhalle lag, wird in die Waldhänge bei Rosillon 7 verlegt, so daß man schon von mittags ab im Schatten der alten Eichen des Stadtparkes ein Tanzchen wagen kann. Die Parkfesthalle, die 1500 Personen faßt, wird wieder in komfortabler Weise ausgestattet; keine weingedeckte Kammerlände zu 6 Personen, Stühle (keine Bänke), Holzbohlen, Gurlandenschemel und als besondere Neuerung zu beiden Seiten der Musik Springbrunnen, die abends farbig beleuchtet werden. Für Fahrgastgelegenheiten mit Strahrbahnlinie 11 und Arbeiterzoothen ist bis in die späte Nacht hinein bestens gesorgt. Eine Bahndaubenbeschränkung ist am Haupteingang links der Platzenallee eingerichtet. Da fast alle Hallen gut gedeckt sind, braucht man auch einen Regenschirm nicht zu fürchten; hoffentlich aber begünstigt das Fest ein prächtiges Sommerwetter. Aus allen diesen Gründen: Auf zum Parkfest 1909!

Sportliche Rundschau.

Automobilsport.

Ein Nachspiel zur Prinz-Heinrich-Fahrt. Die Disqualifikation von Rousson wird nach dem „Mannh. Anzeig.“ noch ein Nachspiel haben. Rousson ist disqualifiziert worden, weil er angeblich vor dem Start im Forstrieder Park seinen Chauffeur abgesetzt und dafür einen noch nicht 14-jährigen Knaben in den Wagen aufgenommen habe. Rousson hat aber seinen Chauffeur nicht abgesetzt, sondern nur als vierte Person den über 16-jährigen Johann Kaiser in den Wagen genommen. Kaiser ist ein kräftiger junger Mann, der durchaus den Eindruck eines erwachsenen Menschen macht. Rousson hat also bona fide gehandelt, umso mehr, als der junge Kaiser, der sich selbst zur Risikofahrt angeboten hatte, auf Befragen antwortete, daß er 19½ Jahre alt sei. Im übrigen sei das Gesamtgewicht des Wagens 32, in dem sehr kräftigen Rousson fuhren, höher als das der vorhergehenden preisgekrönten Wagen. Weder der Unparteiliche, noch der Starke beanstandeten die angeblich noch nicht erwachsene vierte Person. Herr Rousson ist, ohne gehört worden zu sein, disqualifiziert worden.

Luftschiffahrt.

Horbon Bennett-Rennen der Luftschiffe. Aus Berlin, 21. Juni, meldet ein Telegramm: In der Sitzung des Deutschen Luftschiffverbandes wurden als Vertreter Deutschlands für das Gordon Bennett-Rennen der Luftschiffe bestimmt: Dr. Bredelmann vom Berliner Klub, Paul Medel-Eberfeld, Hauptmann von Abercron-Düsseldorf vom Niederdeutschen Verein für Luftschiffahrt; als Ersatzleute wurden gewählt: Dr. Kämpfen vom Niederdeutschen Verein für Luftschiffahrt, Leutnant Gollhoff und Leutnant v. Fahmann vom Berliner Klub und Oberleutnant Ridel-Köln vom Kölner Klub.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Professor von Martens. Prof. Friedrich v. Martens, händiges Mitglied des Kaiserl. des Wissenschaftlichen Ausschusses, ist auf einer Reise nach Island im Alter von 83 Jahren gestorben. Professor v. Martens, der seit 35 Jahren eine Leuchte der Peterburger Universität gewesen ist, genoss seit langem eines internationalen wissenschaftlichen Rufes als einer der hervorragendsten Schriftsteller über Fragen des internationalen Rechts. Auf der ersten und auf der zweiten Haager Friedenskonferenz war er der 2. Vertreter Russlands. Schon 1891 hatte sein sein großes Ansehen als Völkerrechtswissenschaftler die Ernennung zum Schiedsrichter zwischen England und Frankreich in der Newfoundland-Frage veranlaßt. Seine wissenschaftliche Karriere, deren Krönung seine Ernennung zum Vizepräsidenten des „Institut de droit international“ bildete, war eine ungewöhnlich ergiebige. Die Zahl seiner Schriften, von denen viele auch ins Deutsche, Französische und Englische übersetzt wurden, ist sehr groß. Sein Hauptwerk ist: „Das internationale Recht der zivilisierten Nationen“.

Von Tag zu Tag.

Rupier für Gold. Am 21. Juni, Gut situierte Wuppertaler Bürger erhielten kürzlich Briefe, in denen gesagt war, daß in einem kleinen russischen Orte ein gutes Geschäft zu machen sei. Es wurde ihnen nämlich Gold zu billigen Preisen angeboten, dessen Prüfung auf Echtheit den Käufern durch Fachverständige gestattet sei. Drei Männer aus Wormen, die auf den Schwandel hereinfielen, sollen um insgesamt 43 000 M. betrogen worden sein. In Russland sei ihnen allerdings Gold in Säcken vorgelegt worden. Nachdem sie sich von der Echtheit überzeugt hatten, nahmen sie das vermeintliche Gold, um es in Paris zu veräußern. Es ergab sich jedoch, daß in den Säcken nur Pulver war. Die Schwindler hatten mit großer Geschicklichkeit im geeigneten Moment die Säcke vertauscht.

Mordverbrechen und Selbstmord. Halle, 21. Juni. Aus verheirateter Liebe bangt in vergangener Nacht der 24-jährige Schwied Wötter in ein Haus ein und öffnete ein Zimmer, wo die beiden Dienstmädchen schliefen. Das eine von ihnen verlegte er durch einen Revolverstoß. Die beiden Mädchen spran-

gen in ihrer Angst aus dem Fenster des zweiten Stockwerks und blieben schwer verletzt liegen. Wütender tötete sich dann selbst durch einen Revolvererschuss.

Schwindel mit Konzertkarten. Nordhausen, 21. Juni. Die Strafkammer verurteilte gestern gegen den Agenten Schäfer aus Köln und seine Geliebte Elisabeth Altmüller aus Köln wegen Schwindels mit Konzertkarten. Diese Schwindlerinnen verübten in vielen deutschen Städten, so in Hildesheim, Braunschweig, Göttingen, Darmstadt, Erfurt, Halle, Nordhausen usw., indem sie Karten für ein Konzert des erblinden Pianisten Eggers-Brann verkauften, aber die Konzerte wegen schlechten Wetterverhältnisses wieder absagen ließen. In Eggers-Brann hatten sie überhaupt keine Beziehungen. Das Paar, das für diese Verbrechen schon in Köln und Erfurt zu insgesamt 1 1/2 Jahren bzw. 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, erhielt eine Zusatzstrafe von 2 Monaten bzw. 3 Wochen Gefängnis.

Eigenartiger Unglücksfall. Amriswil (Thurgau), 21. Juni. Ein Unglücksfall mit ganz eigenartigen Begleiterscheinungen hat sich hier ereignet. Als Freitag morgen eine Frau Edelmann bei offenem Fenster an ihrer Nähmaschine saß, kam sie plötzlich zusammen und der rasch herbeigekommene Arzt konstatierte einen Gehirnschlag. Seitdem lag die Frau schwerkranke darnieder, und ihre Befinden verschlimmerte sich von Tag zu Tag. Nun stellte es sich durch einen Zufall heraus, daß nicht ein Schlaganfall Frau Edelmann getroffen hatte, sondern daß sie das Opfer eines unvorsichtigen Floberkerschützen geworden war und daß eine kleine Verletzung an der Stirn von einer Kugel herrührte, die im Kopfschlag die schwerleidende Frau in einen noch Minderjährigen zur Operation transportiert worden.

Die Typhusepidemie in Altmasser. Breslau, 22. Juni. Die „Schlesische Zeitung“ meldet aus Altmasser: Die Zahl der amtlich gemeldeten Typhusfälle ist bis gestern nachmittag bereits auf 343 angewachsen.

Todesurteil. Schneidemühl, 22. Juni. Kurz vor 12 Uhr fürzte der „Schneidem. Jg.“ zufolge der 17jährige Malergeselle Erich Schimmel während der Arbeit vom Gerüst aus einer Höhe von etwa 13 Metern auf das Straßenniveau und blieb mit geschmettertem Körper tot auf der Stelle liegen.

Schwere Explosion schlagernder Wetter. Diemrich (Magyar), 22. Juni. In der Kohlengrube bei dem Luftschacht wurden durch eine Explosion schlagernder Wetter 7 Bergleute getötet und 8 verletzt.

Ein Luftmord. Fierlsow, 22. Juni. In der vergangenen Nacht wurde im Hause des Schützenhofes ein Luftmord verübt. Ein 22jähriger Schieferbeder hatte sich nachts in das Schlafzimmer des Dienstmädchens Ulrike Chislowki geschlichen. Gegen Mitternacht hörten Hausbewohner Schüsse. Man fand das Mädchen im Blut schwimmend vor. Der Mörder hatte ihm den Hals durchschnitten und ihm 18 Messerstiche und einen Revolvererschuss beigebracht. Der Mörder brachte sich dann selbst einen Schuß in den Hinterkopf bei. Die Leiche des Mädchens wurde nach der Leichenhalle überführt und der Mörder dem Krankenhause überwiesen.

Aus dem Großherzogtum.

Heddesheim, 21. Juni. Der Stand des Getreides auf hiesiger Gemarkung, überhaupt in der Umgegend, ist ein guter zu nennen. Der Roggen steht teilweise etwas dünner als sonst, hat aber um so größere Ähren und verpricht reichen Körnerertrag. Die Gerste (Sauertrud) hat sich bei dem Regen anfangs des Monats noch recht gestreckt und läßt ebenfalls gute Ernte erwarten. An wenigen Stellen hat sie sich bei dem letzten Regen etwas umgelegt. Auch der Spelz hat sich prächtig entwickelt. Er steht z. B. in der Nähe. Wenn nicht noch durch böse Wetter Schaden hervorgerufen wird, dürfte die Getreideernte dieses Jahr für die Landwirtschaft zufriedenstellend ausfallen. Das Auspflanzen des Tabaks ist bereits beendet. Die Pflanzungen haben sich bis jetzt gut entwickelt. Auf einzelnen Feldern hat schon das Einpflanzen begonnen. Der Tabak ist bei unsen Vätern das Schmerzenskind. Seine Entwidlung wird mit größter Aufmerksamkeit verfolgt, bis der Tag der Ernte kommt (nach Mitte August). Möchte er auch dieses Jahr wieder lohnende Einsätze bringen!

Riedelheim bei Heidelberg, 21. Juni. Heute morgen wollte die Schwester des Reichens Schneider, Frau Krüger, einem Pfleger mit einem Spritzenapparat Milch warm machen. Die Frau stellte den Apparat demütlich auf den Herd in der Küche, in dem nach Feuer brannte, oder wollte Spiritus auffüllen; plötzlich explodierte der Apparat und die Flamme ergriffen die Frau. Zum Unglück befand sich in der Wohnung ein Gasbehälter, den die in Flamme stehende Frau nicht zu öffnen vermochte. Erst nachdem ein Schlosser den Eingang geöffnet hatte, während welcher Zeit die Unglückliche brennend in der Küche zurechtbringen mußte, konnte man ihr Hilfe bringen. Die Schwesterbräute wurde ins städt. Krankenhaus Heidelberg überführt.

Heidelberg, 21. Juni. Das 50jährige Dienstjubiläum des Herrn Hauptlehrers Meyer an der hiesigen Volksschule gab dem Gesamtkollegium Veranlassung zu einem Festschmaus, recht zahlreich besuchten Kamillentag in der Stadthalle. Herr Stadtschulrat Koberhust, der mit seiner Familie ebenfalls an der Feier teilnahm, toastete auf den Jubilar und wies dabei einen interessanten Rückblick auf die Entwicklung der Volksschulwesen in den letzten 50 Jahren. Als ehemalige Schulerin sprach in gewählten Worten die Oberlehrerin Frau von Braun ihrem erlitten Lehrer herzlichsten Dank aus.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Mühlheim a. M., 22. Juni. Der vor längerer Zeit in der Chemischen Fabrik Mühlheim a. M. vom Reingard u. Co., Akt.-Ges., ausgebrochene Ausbruch ist von der Arbeiterschaft für beendet erklärt worden. Der Lohnkampf ist resultatlos für die Auszubildenden verlaufen.

Cuxhaven, 22. Juni. Der Kaiser siedelte heute Vormittag von der „Speranza“ auf die Holenzollern über und bog sich alsbald an Bord des Meteor. Um 12 Uhr begann bei gutem Segelwind und schönem Wetter die Segelfahrt des norddeutschen Regattaverbands auf der Ostsee. Es startete bei der ersten Fahrt zum erstenmal der neue „Meteor“ mit dem Kaiser an Bord. Gemeldet wurden 11 Boote.

Reuvers, 22. Juni. Gouverneur Hughes erklärte in einer Ansprache an den norddeutschen Sängerbund: Die Lieder von den deutschen Sitten, dem deutschen Geist und der deutschen Kameradschaftlichkeit viel lehren. Der Einfluss deutscher Kultur und deutscher Sanges wird unser Land und unsere Verhältnisse immer mehr bereichern.

Verband deutscher Journalisten- und Schriftstellervereine.

Breslau, 22. Juni. In der heutigen Sitzung des Delegiertenkongresses des Verbandes deutscher Journalisten und Schriftstellervereine wurde zu dem Thema „Justizgesetzgebung und Presse“ eine längere Resolution angenommen, worin für die Strafrechtsreform folgende Fassung vorgeschlagen wurde: Bildet der Inhalt einer periodischen Druckchrift den Gegenstand der Strafverfolgung wegen einer strafbaren Handlung, wofür nach

§ 20 Absatz 2 des Preßgesetzes der verantwortliche Redakteur als Täter haftet, so sind die Verleger, Redakteure und Drucker, sowie das zur Herstellung der Druckchrift verwendete Hilfspersonal berechtigt, ein Zeugnis über die Person des Verfassers oder des Einmünders zu verweigern. Die gleichen Befugnisse gelten für die Disziplinaruntersuchungen und sonstige Verfahrungsarten.

Weiter wird ausgesprochen, daß die Verhängung der Unterjuchungshaft gegen Redakteure wegen Kollisionsgefahr geeignet sei, die gleichen Mißstände hervorzuheben, wie ein Zeugniszwangsverfahren. Der ständige Berichtstand der Presse soll auch für Privatklagenverfahren beseitigt werden; ferner wird gewünscht, daß die Zuständigkeit der Schwurgerichte ausgedehnt wird, daß Vergehen gegen § 284 Strafgesetzbuch der Zuständigkeit der Strafkammer unterliegen. Im 2. Teil verurteilt sich die Resolution, obwohl sie die Auswüchse einer gewissen Sensationspresse als bestehend anerkennt und aufs Schärfste verurteilt, entschieden gegen die neue Fassung des § 186 des Strafgesetzbuches. Die Erweiterung der Grenzen für Verleumdungsstrafen, die mit den Aufgaben der Presse unvereinbar sei, sowie gegen die Beschränkung des Wahrheitsbeweises, durch die eine Ausnahmebestimmung schlimmster Kräfte geschaffen wird.

Die Auswüchse in der Presse seien dadurch zu bekämpfen, daß einmal die Gerichte selbst eine Inquisition bei der Befragung nach der Vergangenheit unterlassen und die Angaben von Vorstrafen nach einer gewissen Verjährungsfrist unterbleiben dürfen, hauptsächlich aber auf dem Wege der Selbsthilfe durch eine größere Selbstzensur der Presse, Vermeidung unnötiger Aufbaufaktionen und Bekämpfung des Einflusses der Ständepresse. Schließlich soll der Schutz zur Wahrnehmung berechtigter Interessen bei Erörterung allgemeiner öffentlicher Angelegenheiten bestehen. Zum Vorort wurde München wiedergewählt. Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Unter den üblichen Dankesworten wurde der Delegiertenkongress geschlossen.

10 Tote bei einem Hausbrand.

Bern, 22. Juni. In der letzten Nacht geriet in der Gemeinde Battwil im Kanton St. Gallen ein von vielen Italienern bewohntes Haus in Brand. Das Feuer wurde erst spät bemerkt, es kam infolgedessen zu einer schlimmen Katastrophe. Bei der Flucht aus dem Hause wurden 6 Italiener lebensgefährlich verletzt. Morgens wurden aus den Trümmern 10 Tote geborgen. Man rechnet damit, daß noch mehr Personen ungelungen sind. Die Ursache des Brandes ist noch nicht ermittelt. Wahrscheinlich ist das Feuer durch Unvorsichtigkeit entstanden.

Englands Luftstrafungen.

London, 22. Juni. Du Gros, Mitglied des Unterhauses und Sekretär des parlamentarischen Luftverteidigungskomitees, widerspricht in einem Morgenblatt den gestrigen Ausführungen der „Morning Post“, daß für das Luftverteidigungswesen in England bisher nichts getan worden sei im Anschluß an die Verträge im Auslande und vor den englischen Arme- und Marine-Sachverständigen. Es sei bereits angeordnet, daß noch vor Schluß der parlamentarischen Session verjudet werden soll, von Paris nach London in einem Luftschiffe zu fahren, das das größte und stärkste aller bisher gebauten Luftschiffe sein werde. Es werde ein Fassungsvermögen von 227 500 Kubikfuß und zwei Motoren von je 220 Pferdestärken haben, 25 Passagiere aufnehmen können, eine Stundenleistung von 25 bis 40 englischen Meilen entwickeln und einen Benzinvorrat für eine Fahrt von 700 englischen Meilen mitführen können. — Das Komitee sicherte sich für England das Vorkaufrecht. Das Luftschiff müsse infolge des Fehlens einer passenden Landungshalle von England sofort nach Paris zurückkehren.

London, 22. Juni. Kriegsminister Salbane teilte der „Morning Post“ mit, daß ihre Luftschiffspende vom Kriegsministerium mit Dank angenommen worden sei. Die Sammlungen zum Ankauf eines Luftschiffes haben bereits 2693 Pfund Sterling ergeben.

Ein fremdes Ereignis am spanischen Königshofe.

Madrid, 22. Juni. 7 Uhr vormittags. Die Königin ist heute früh 6 Uhr 25 Minuten auf Schloß Sagrante von einer Tochter entbunden.

Die Areta-Frage.

Konstantinopel, 22. Juni. Wie „Jeni Gazette“ meldet, richtete die Pforte an die Schuttmächte eine Note, worin sie erklärt, daß die Aretenser oder Griechen im Juli, wenn die Mächte ihre Truppen und Schiffe zurückgezogen hätten, wahrscheinlich eine Aktion zwecks Annexion unternehmen. Einen solchen Schritt werde die Pforte niemals gestatten, nötigenfalls werde sie selbst vor der Kriegserklärung nicht zurückweichen. Gleichzeitig erklärt sich die Pforte bereit, über die Autonomie der Insel in Verhandlungen einzutreten. Hiernach möchten die Mächte ihre Haltung in der Aretafrage richten.

Berliner Prachtbericht.

(Von unserem Berliner Bureau.)

Berlin, 22. Juni. Aus Newport wird gemeldet: Im Herbst soll gelegentlich der Hudson Fulton-Fier wahrscheinlich eine aeronautische Ausstellung größten Stils stattfinden. Zur Probierung der verschiedenen Systeme ist ein Wettflug den Hudson anwärts geplant, an dem sich die Gebr. Wright, Jahrmann und vielleicht auch Major Postool beteiligen werden.

Zur Reichsfinanzreform.

Die Polen als ausschlaggebende Partei.

Ueber dieses interessante Ergebnis der konservativen Politik schreiben die „Münch. N. Nachr.“: Es ist völlig müßig, heute Betrachtungen über die Ergebnisse der Finanzdebatte im Reichstag anzustellen. Fast jeder, den man fragt, hat eine andere Meinung, die er aber auch noch für unfehlbar hält. Die seltsamsten Vermutungen werden laut. Der eine läßt die Kolonialsteuer fallen, der andere die Erbschaftsteuer, der Dritte prophezeit die Ablehnung beider Vorlagen und der Vierte ihre Annahme. Was Fürst Bülow tun wird, ist klar. Siegt die konservativ-merikal-polnische Mehrheit, so geht er. Aber nicht klar ist, was der Bundesrat zu tun gedenkt. Nimmt er das Angebinde aus den Händen der Mehrheit? Wird er es dankend ablehnen als Danaergeschenk? In den letzten Tagen gewinnt die Ansicht, daß eine Reichstagsauflösung nicht zu umgehen

sein wird, wieder an Boden. Auf der anderen Seite hoffen Optimisten doch noch auf einen leidlich befriedigenden Ausgang. Sie fügen sich dabei auf das Nachsich des Unbehagens unter den Konservativen über die Situation, in die sie sich teilweise selbst durch eigene Schuld, teils durch das Geschick des Zentrums haben manövrieren lassen. Mehr und mehr kommt ihnen zum Bewußtsein, daß nicht die Konservativen, sondern das Zentrum als größte und geschlossenste Partei den größten Vorteil aus der verworrenen Lage ziehen wird. Besonders peinlich aber ist ihnen, daß das Zünglein an der Waage die Polen sind, ohne die für die konservativ-merikalischen Steuerentwürfe keine Mehrheit vorhanden ist. Um diese Tatsache tunlichst vor den Konservativen im Lande zu verschleiern, haben sie und das Zentrum die zwanzig Mann starke polnische Fraktion im Reichstag bewegen, sich an den Debatten nicht mit Reden zu beteiligen, sondern sich nur auf die Stimmentgabe zu beschränken. Dieser Vorgang verdient nachdrücklich betont und bekannt gemacht zu werden. Denn es ist richtig: Am letzten Ende sind entscheidend die Polen über die Finanzreform des Deutschen Reiches im Parlament, und es ist eine schwere Belastung des Kontos der Konservativen im Reichstag, diesen Effekt erzielt zu haben, indem sie sich vom Zentrum in die Falle haben locken lassen, nur um die großen Portemonnaies der Agrarier zu schonen und Handel und Wandel alle Lasten aufzubürden.

Die Deszendenten- und Ehegattenbesteuerung gefallen!

Berlin, 22. Juni. Die Finanzkommission des Reichstages hat den entscheidenden Paragraphen der Erbschaftsteuervorlage mit 14 Stimmen (Konservative, Zentrum und Polen) gegen 14 Stimmen abgelehnt. Auch alle Abänderungsanträge wurden abgelehnt. Damit ist die Deszendenten- und Ehegattenbesteuerung gefallen.

Die nationalliberale Partei und die neue Mehrheit.

Berlin, 22. Juni. (Von unserem Berl. Bureau.) Es irren durch die Presse immer wieder Nachrichten, die es als möglich oder gar wahrscheinlich hinstellen, daß die Nationalliberalen am letzten Ende sich zu der neuen Mehrheit schlagen würden. Es ist nach den Rundgebungen der nationalliberalen Partei und Reichstagsfraktion verwunderlich, daß ernstliche Politiker dieser Vermutung Glauben schenken können. Um endgiltig diesen irreführenden Nachrichten den Boden zu entziehen, können wir mitteilen, daß die nationalliberale Fraktion des Reichstages einstimmig beschlossen hat, für den Fall der Ablehnung der Erbschaftsteuer, der heute einzig möglichen allgemeinen Besitzsteuer, den Finanzreformplan in allen seinen Teilen abzulehnen. Die Abstimmung über die Erbschaftsteuer im Plenum wird morgen spätestens am Donnerstag erfolgen. Die Linke wird sich auf keinen Fall darauf einlassen, die indirekten Steuern zu betonen, bevor nicht die Besitzsteuerfrage geregelt ist.

Deutscher Reichstag.

W. Berlin, 22. Juni.

Am Bundesratsitz: Unterstaatssekretär Zwele. Vizepräsident Dr. Passche eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 5 Minuten.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Rechnungs-sachen.

Bei der ersten Beratung des Gesetzes betr. die Verrechnung, Prüfung und Kontrolle der anlässlich im Eingeborenen-Aufstand in Südwestafrika in den Jahren 1906 bis 1907 geleisteten Ausgaben konstatiert

Roste (Soz.).

daß noch immer nicht Klarheit darüber geschaffen sei, wofür das Geld ausgegeben worden sei. Die Vorlage enthalte eine Bestätigung dafür, daß die Regierung nicht in der Lage ist, eine ordnungsmäßige Abrechnung zu geben. Sie vermöge nicht anzugeben, wo ein großer Teil der 400 Millionen Mark geblieben ist. Wenn wir Sozialdemokraten auch kein übermäßiges Vertrauen zur Regierung haben, eine derartige Schlamperie hätten wir aber doch nicht für möglich gehalten.

Vizepräsident Dr. Passche ruft den Redner wegen des Ausdrucks „Schlamperie“ zur Ordnung. Juraf bei den Sozialdemokraten: Richtig ist es aber doch.

Roste (fortfahrend): Die Regierung sollte doch endlich dem Reichstag klaren Wein einschenken und angeben, wie hoch die Summen sind, für die Leistungen fehlen. Wir werden den Entwurf ablehnen.

v. Camp (Reichspartei):

Der Vorredner hat übertrieben, die Sache verhält sich doch anders. Wenn man allen Formalitäten genügen wollte, so würde uns die Abrechnung mindestens 1 Million kosten, während sie jetzt 100 000 Mark erfordert. Zudem sind viele Personen, die von neuem quittieren müßten, gefordert.

Görke-Brandenburg (natl.) beantragt den Entwurf an die Rechnungs-Kommission zu überweisen.

Sinatssekretär Dernburg:

Die Schwierigkeit der Abrechnung hat sich daraus ergeben, daß es sich um einen kolonialen Krieg handelte. Den Vorwurf, daß Gelder zu Unrecht ausgegeben worden sind, weist ich entschieden zurück. Es sind Stellen geschaffen worden, zur Prüfung jedes einzelnen Postens. Dabei haben sich allerdings wesentliche Schwierigkeiten herausgestellt. Völlig gleichgültig ist es, in welchem Jahre eine gewisse Summe ausgegeben worden ist. Deshalb beantragen wir, daß die in den Jahren 1906 bis 1907 bewilligten Fonds übertragbar sind.

Die Vorlage geht an die Rechnungs-Kommission. Ein Nachtragsetat betr. den Verkauf des Anmarschgeländes im Tempelhofer Feld um Anlage eines Truppenübungsplatzes wird ohne Debatte an die Budget-Kommission verwiesen. Das Gesetz wegen Aenderung des Schauspielfachgesetzes wird ohne Debatte in erster Lesung erliebt.

Abdann wird die Debatte über die Kolonialsteuer

fortgesetzt. Am Bundesratsitz sind inzwischen u. a. noch erschienen die Staatssekretäre v. Bethmann-Hollweg und Sydow.

Volkswirtschaft.

Börsen-Wochenbericht.

W. London, 17. Juni.

Auf dem Geldmarkt sind diese Woche keine nennenswerten Veränderungen eingetreten. Das Angebot von Wechseln war größer und infolgedessen sinken die Diskontsätze in feiner Tendenz.

Auf dem Silbermarkt herrschte ein besserer Ton als Rufe für indische Rechnung und die Schlussnotiz ist 2 1/2 d.

Die Devisen-Renten verkehrten in fast unveränderter Haltung, ohne daß sich größere Bewegungen entwickelten.

Die Devisen-Renten verkehrten in fast unveränderter Haltung, ohne daß sich größere Bewegungen entwickelten.

Die Devisen-Renten verkehrten in fast unveränderter Haltung, ohne daß sich größere Bewegungen entwickelten.

Die Devisen-Renten verkehrten in fast unveränderter Haltung, ohne daß sich größere Bewegungen entwickelten.

Die Devisen-Renten verkehrten in fast unveränderter Haltung, ohne daß sich größere Bewegungen entwickelten.

Die Devisen-Renten verkehrten in fast unveränderter Haltung, ohne daß sich größere Bewegungen entwickelten.

Die Devisen-Renten verkehrten in fast unveränderter Haltung, ohne daß sich größere Bewegungen entwickelten.

Die Devisen-Renten verkehrten in fast unveränderter Haltung, ohne daß sich größere Bewegungen entwickelten.

Die Devisen-Renten verkehrten in fast unveränderter Haltung, ohne daß sich größere Bewegungen entwickelten.

Die Devisen-Renten verkehrten in fast unveränderter Haltung, ohne daß sich größere Bewegungen entwickelten.

Die Devisen-Renten verkehrten in fast unveränderter Haltung, ohne daß sich größere Bewegungen entwickelten.

Die Devisen-Renten verkehrten in fast unveränderter Haltung, ohne daß sich größere Bewegungen entwickelten.

Die Devisen-Renten verkehrten in fast unveränderter Haltung, ohne daß sich größere Bewegungen entwickelten.

Die Devisen-Renten verkehrten in fast unveränderter Haltung, ohne daß sich größere Bewegungen entwickelten.

Die Devisen-Renten verkehrten in fast unveränderter Haltung, ohne daß sich größere Bewegungen entwickelten.

Die Devisen-Renten verkehrten in fast unveränderter Haltung, ohne daß sich größere Bewegungen entwickelten.

Die Devisen-Renten verkehrten in fast unveränderter Haltung, ohne daß sich größere Bewegungen entwickelten.

Die Devisen-Renten verkehrten in fast unveränderter Haltung, ohne daß sich größere Bewegungen entwickelten.

Die Devisen-Renten verkehrten in fast unveränderter Haltung, ohne daß sich größere Bewegungen entwickelten.

Die Devisen-Renten verkehrten in fast unveränderter Haltung, ohne daß sich größere Bewegungen entwickelten.

Die Devisen-Renten verkehrten in fast unveränderter Haltung, ohne daß sich größere Bewegungen entwickelten.

Die Devisen-Renten verkehrten in fast unveränderter Haltung, ohne daß sich größere Bewegungen entwickelten.

Die Westpreussische Kleinbahn AG. in Berlin verzeichnet bei 1. 51.410 (i. V. M. 39.570) Betriebsüberschuß M. 25.577 für die Abrechnung, wonach M. 19.344 Reingewinn verbleiben.

Telegraphische Handelsberichte.

Mailamer 22. Juni. Das Gewinnergebnis der Email- und Stangwerke vorm. Gebr. Ulrich, Mannheim.

„Tellus“ AG. für Bergbau und Hüttenbetrieb. Frankfurt, 22. Juni. Der Aufsichtsrat der „Tellus“ AG.

Centralauskunft der Reichsbank. Berlin, 22. Juni. In der Centralauskunft der Reichsbank wurde festgestellt, daß die Statusveränderungen.

Stahl-Gesellschaft. Berlin, 22. Juni. Die Direktion der Stahl-Gesellschaft erklärte auf eine Anfrage, daß nach Daten aus Südafrika.

Reynolds, 22. Juni. Nach einer Meldung der Tribuna ist die amerikanische Partizipation in der chinesischen Anleihe.

Mannheimer Effektenbörse. vom 22. Juni. (Offizieller Bericht.)

Größere Umsätze vollzogen sich heute in Aktien der Frankonia, Rüd. und Württemberg-Aktien zu 9900 Mark pro Stück.

Obligationen. Pfandbriefe. 4% Rh. Hyp. u. unv. 1902/100. - 100. -

Städtische Anleihen. 4% Freiburg i. B. 83.50/100. - 83.50/100. -

Industrie-Obligationen. 4% Rh. Hyp. u. unv. 1902/100. - 100. -

Aktien. Banken. 100. - 100. -

Transport u. Versicherung. 100. - 100. -

Industrie. 100. - 100. -

Brauereien. 100. - 100. -

Frankfurter Effektenbörse. (Privattelegramm des Gen.-Anzeigers.)

Frankfurt a. M. 21. Juni. Fondsbörse. Die Börse begann heute in einer nicht besonders günstigen Stimmung.

Frankfurt a. M. 21. Juni. Fondsbörse. Die Börse begann heute in einer nicht besonders günstigen Stimmung.

Frankfurt a. M. 21. Juni. Fondsbörse. Die Börse begann heute in einer nicht besonders günstigen Stimmung.

Frankfurt a. M. 21. Juni. Fondsbörse. Die Börse begann heute in einer nicht besonders günstigen Stimmung.

Frankfurt a. M. 21. Juni. Fondsbörse. Die Börse begann heute in einer nicht besonders günstigen Stimmung.

Frankfurt a. M. 21. Juni. Fondsbörse. Die Börse begann heute in einer nicht besonders günstigen Stimmung.

Frankfurt a. M. 21. Juni. Fondsbörse. Die Börse begann heute in einer nicht besonders günstigen Stimmung.

politischen Lage in Ungarn teilweise schwächer. Die Kreditfrage gab ebenfalls Anlass zur Zurückhaltung.

Telegraphische Handelsberichte.

Mailamer 22. Juni. Das Gewinnergebnis der Email- und Stangwerke vorm. Gebr. Ulrich, Mannheim.

„Tellus“ AG. für Bergbau und Hüttenbetrieb. Frankfurt, 22. Juni. Der Aufsichtsrat der „Tellus“ AG.

Centralauskunft der Reichsbank. Berlin, 22. Juni. In der Centralauskunft der Reichsbank wurde festgestellt, daß die Statusveränderungen.

Stahl-Gesellschaft. Berlin, 22. Juni. Die Direktion der Stahl-Gesellschaft erklärte auf eine Anfrage, daß nach Daten aus Südafrika.

Reynolds, 22. Juni. Nach einer Meldung der Tribuna ist die amerikanische Partizipation in der chinesischen Anleihe.

Mannheimer Effektenbörse. vom 22. Juni. (Offizieller Bericht.)

Größere Umsätze vollzogen sich heute in Aktien der Frankonia, Rüd. und Württemberg-Aktien zu 9900 Mark pro Stück.

Obligationen. Pfandbriefe. 4% Rh. Hyp. u. unv. 1902/100. - 100. -

Städtische Anleihen. 4% Freiburg i. B. 83.50/100. - 83.50/100. -

Industrie-Obligationen. 4% Rh. Hyp. u. unv. 1902/100. - 100. -

Aktien. Banken. 100. - 100. -

Transport u. Versicherung. 100. - 100. -

Industrie. 100. - 100. -

Brauereien. 100. - 100. -

Frankfurter Effektenbörse. (Privattelegramm des Gen.-Anzeigers.)

Frankfurt a. M. 21. Juni. Fondsbörse. Die Börse begann heute in einer nicht besonders günstigen Stimmung.

Frankfurt a. M. 21. Juni. Fondsbörse. Die Börse begann heute in einer nicht besonders günstigen Stimmung.

Frankfurt a. M. 21. Juni. Fondsbörse. Die Börse begann heute in einer nicht besonders günstigen Stimmung.

Frankfurt a. M. 21. Juni. Fondsbörse. Die Börse begann heute in einer nicht besonders günstigen Stimmung.

Frankfurt a. M. 21. Juni. Fondsbörse. Die Börse begann heute in einer nicht besonders günstigen Stimmung.

Frankfurt a. M. 21. Juni. Fondsbörse. Die Börse begann heute in einer nicht besonders günstigen Stimmung.

Frankfurt a. M. 21. Juni. Fondsbörse. Die Börse begann heute in einer nicht besonders günstigen Stimmung.

Bergwerksaktien.

Table of Bergwerksaktien with columns for company names and prices. Includes entries like Bochumer Bergbau, Concordia Bergbau, etc.

Berliner Effektenbörse.

Private Telegramm des General-Anzeigers. Berlin, 21. Juni. Fondsbörse. Die Börse zeigte heute wieder dasselbe unregelmäßige Bild wie gestern.

Berliner Produktenbörse.

Berlin, 22. Juni. Produktenmarkt. Auf höherem Niveau und den fortgesetzt sich geltend machenden Warenbedarf zeigte Weizen heute, namentlich auf die Herbstfrüchte, wesentlich höher ein.

Budapester Produktenbörse.

Table of Budapest products market with columns for wheat, rye, and other grains, listing prices per 50 kg.

Liverpooler Börse.

Table of Liverpool market with columns for wheat and rye prices per July and August.

Stiermarkt in Mannheim vom 21. Juni. (Amtlicher Bericht der Direktion.) Es wurde beachtet für 50 Kilo Schlachtwert:

Pariser Börse.

Table of Paris market with columns for various stocks and bonds, listing prices and yields.

Wiener Börse.

Table of Vienna market with columns for various stocks and bonds, listing prices and yields.

Londoner Effektenbörse.

Table of London market with columns for various stocks and bonds, listing prices and yields.

Überseeische Schiffsahrts-Telegramme.

Southampton, 18. Juni. (Drahtbericht der American Line, Southampton.) Der Schnell-Dampfer „St. Paul“ am 12. Juni von New-York ab, ist heute nachmittag hier angekommen.

Verwahren Sie die bekannten gelben „Maizena“-Pakete, denn Sie erhalten bei Einlieferung der Vorderseiten der Pakete, die zusammen 3 Pfund enthalten, an die Corn Products Co. m. b. H., Hamburg I, eine Serie künstlerisch ausgeführter Reproduktionen berühmter Gemälde der Dresdner Galerie.

KALODONT Pf. BESTE ZAHN-CRÈME. Advertisement for toothpaste with a logo and descriptive text.

Globus-Putz-Extrakt. Advertisement for cleaning product with a logo and descriptive text.

Phosphatin. Advertisement for a health supplement with a logo and descriptive text.

Stärke I für Säuglinge vom 4. Monat ab und kleine Kinder. Advertisement for baby food with descriptive text.

Gesellschaft für Schwachstromtechnik. Advertisement for electrical services with contact information.

